



Interview mit Oliver Janich (Bundesvorstand der „Partei der Vernunft“)

krisenfrei.de

Sehr geehrter Herr Janich, Sie sind bekannt als [Buchautor](#) und Journalist. Zudem gehören Sie auch zu den Gründern der „**Partei der Vernunft**“ (PdV) und sind Bundesvorstand dieser Partei. Was hat Sie zur Gründung der PdV bewegt?

Oliver Janich

Die Gründung geht auf eine kleine Kolumne in Focus Money zurück. Ich hatte mich über die gerade geplante CO2-Steuer aufgeregt und versprach eine Partei der Vernunft zu gründen, wenn mir genügend Leute schreiben. Und es kamen mehr positive Zuschriften als je zuvor. Da ich pflege meine Versprechen zu halten, habe ich mit mir vorher völlig unbekanntem Mitstreitern die Partei gegründet.

krisenfrei.de

Die PdV wurde jetzt erstmals für die Landtagswahl am 13. Mai in NRW zugelassen und steht auf Platz 17 der Landesliste. Parteien, die auf dem Wahlzettel ganz unten stehen, werden von den Wählern in der Regel kaum beachtet.

Hat die noch wenig bekannte PdV überhaupt eine Chance in den NRW-Landtag einzuziehen?

Oliver Janich

Das hängt von zwei Dingen ab: [Spenden](#) und die Berichterstattung in den Medien. Mit Geld können wir uns Präsenz in den Medien erkaufen, aber wir sind mit der Resonanz durch die Medien bisher auch sehr zufrieden.

krisenfrei.de

Kommen wir mal zum [Grundsatzprogramm](#) der PdV. Darin steht u.a., dass die PdV keine Steuern auf Bundes- und Landesebene erheben will, sondern nur den Kommunen obliegen.

Wie kann man sich das vorstellen, wenn z.B. neue Verkehrswege über die Ländergrenzen hinaus gebaut werden sollen?

Oliver Janich

Ganz einfach: Solche Dinge bespricht und beschließt man auf dem Städte- und Gemeindetag. Man wird sich dann die Kosten anteilig aufteilen. Möglicherweise dauert das etwas länger, aber wenn ich mir die heutigen Planfeststellungsverfahren so anschau, kann es kaum länger dauern.

Möglicherweise geht es sogar schneller, weil durch mehr Bürgerbeteiligung viele Einsprüche wegfallen würden. Die Mineralölsteuer beträgt ja bereits heute das Doppelte der Ausgaben für Straßenbau. Da diese Steuer noch relativ fair ist, weil sie den mehr belastet der auch mehr fährt, wäre das aber sicher nicht das Dringlichste was wir ändern würden, außer die Steuer zu reduzieren. Wenn also am Schluss als einzige Bundesbehörde – neben innere und äußere Sicherheit – eine übrig bleibt, die überregionale Straßen plant, soll es uns recht sein. Aber das Problem stellt sich ohnehin nicht. Deutschland ist zugebaut und in einigen Bundesländern führen Brücken sogar ins Nichts.

krisenfrei.de

Ein weiterer Punkt im Grundsatzprogramm der PdV ist die „**Direkte Demokratie durch Volksentscheide**“. Von einer echten Demokratie in diesem Sinne sind die jetzigen Parteien im Bundestag weit entfernt.

Wie konkret stellen Sie sich Volksentscheide vor? Müsste da über jedes neu zu verabschiedende Gesetz, das bundesweit gilt, das Volk befragt werden?

Oliver Janich

Nein, ein ganz wichtiger Aspekt unseres Programmes ist die direkte Demokratie vor Ort. Dort wo die Probleme anfallen, sollen sie auch gelöst werden. Bundesweite Entscheide kann es nur über Bundesangelegenheiten geben. Das wird in erster Linie die Außenpolitik betreffen. Beispielsweise könnte es jetzt sinnvoll sein, über den Lissabonvertrag abzustimmen. Wenn wir unser Programm aber erst einmal durchgesetzt haben, ist auch das unnötig. Denn dann kann kein Vertrag der Welt festlegen, dass in Brüssel oder anderswo Entscheidungen für die Gemeinden getroffen werden. Jede Gemeinde hat dann das Recht über seine Angelegenheiten selbst abzustimmen. Bewährte Gesetze wie das BGB wird man einfach übernehmen. Ein Lissabon- oder ESM-Vertrag wäre automatisch ungültig.

Dazu sollte man vielleicht wissen, dass völkerrechtlich gesehen jede Region das Recht zur Sezession hat. Das ist ein wirksamer Schutz gegen eine sich immer weiter ausbreitende Staatskrake. Genau deshalb wollen Staatsjünger auf Biegen und Brechen einen Superstaat EU installieren, aktuell mittels des vollkommen undemokratischen ESM mit diktatorischen Vollmachten. Dann könnte niemand mehr den immer höheren Steuern und Abgaben entkommen. Aber der Plan wird scheitern, es ist nur die Frage, wann und wie. Wir hoffen, dass durch das völlig abgehobene Gebahren der Politikerkaste keine rechten Parteien hochkommen, sondern liberale wie wir, die den Bürgern wieder das Heft des Handelns in die eigenen Hände legen.

krisenfrei.de

Führt das nicht zurück zur Kleinstaaterei?

Oliver Janich

Der angeblich so schlimme „Flickenteppich“ ist das Produkt von staatlicher Propaganda in den Schulen. Zu dieser Zeit gab es nur eine Umsatzsteuer von vier bis acht Prozent. Heute haben wir eine Abgabenquote von 70% über alle Steuern und Abgaben. Professor Gerd Habermann hat uns hierzu einen interessanten [Aufsatz](#) überlassen.

Viele liberale Ökonomen und Historiker führen den Aufschwung Europas gerade darauf zurück, dass es viele konkurrierende Staaten gab. Dadurch musste sich der Staat bei der Besteuerung zurückhalten und es gab mehr wirtschaftliche Freiheit. Deshalb ist die EU das Lieblingsprojekt der Kleptokraten. Echte Liberale müssten sich also für eine friedliche Freihandelszone einsetzen und nicht wie die FDP für einen europäischen Superstaat.

krisenfrei.de

Bleiben wir vorerst noch bei dem Grundsatzprogramm. Sie fordern ein „**freies Marktgeld**“ nach dem Greshamschen Gesetz. Ich könnte mir vorstellen, dass viele Bürger gar nicht genau wissen, was darunter zu verstehen ist. Das derzeitige Zahlungsmittel (Euro) wird den Bürgern per Gesetz aufgezwungen. Es existieren aber auch regionale Zahlungsmittel, wie z.B. der „Chiemgauer“ oder das „Rheingold“.

Welche Vorstellungen vom „freien Marktgeld“ haben Sie?

Oliver Janich

Freies Marktgeld heißt, dass jeder selbst entscheiden kann welche Währung er benutzt. Dann setzt sich nach dem von Ihnen zitierten Gesetz automatisch das wertstabilste Geld durch. Das wird nicht - wie viele denken - zu einem Währungschaos führen, sondern die Menschen werden sich sehr schnell auf eine einheitliche Währung wie Gold und/oder Silber einigen. Regionalwährungen gibt es heute vor allem aus zwei Gründen: Sie sind besser als das jetzige Papiergeld und es lassen sich Steuern sparen (was natürlich offiziell bestritten wird). Genau aus diesem Grund werden Sie verboten werden, sobald sie zu erfolgreich sind. Nach unserem Programm werden sie natürlich immer erlaubt sein, aber man muss berücksichtigen, dass dadurch der Vorteil der internationalen Arbeitsteilung verloren geht. Daher sehe ich diese Regionalwährungen im Moment mit Sympathie, weil es ein Marktergebnis, also der Wunsch der Menschen ist, prophezeie aber keine große Zukunft wenn wir zu freiem, wertstabilem, also sachwertgedecktem Geld zurückkehren.

krisenfrei.de

Die ARD und das ZDF finanzieren sich über die GEZ-Gebühren. Die PdV aber will die „**Abschaffung der GEZ-Gebühren**“.

Besteht hier nicht ein gewisser Konflikt? Diese Volksmedien werden nicht selten auch als Staatspropagandamedien bezeichnet.

Glauben Sie wirklich, indem Sie die Abschaffung der GEZ-Gebühren fordern, dass dieses Staatsmedium jemals über die PdV Berichte erstattet?

Die im Höhenflug befindlichen NRW-Piraten haben sich inzwischen beim Landesparteitag in Dortmund gegen eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks [entschieden](#), obwohl sie Anfangs anderer Meinung waren.

Wird die PdV, um mehr Aufmerksamkeit im Staatsfernsehen zu erreichen, früher oder später auch umschwenken und von der Abschaffung der GEZ-Gebühren Abstand zu nehmen?

Oliver Janich

Bisher sind wir sehr zufrieden mit der Berichterstattung staatlicher Medien. Ich erkläre mir das so:
1. Arbeiten dort auch nur Menschen, die sich Ihre eigenen Gedanken machen.
2. Erkennen immer mehr Journalisten, dass es auch Ihnen an den Kragen geht, wenn wir mit dem Eurorettungswahnsinn so weiter machen. Und einem im Durchschnitt eher linkem Journalisten ist es sicher lieber, wir kommen hoch, die mehr echte Demokratie und die Macht dem Bürger zurückgeben wollen, als irgendwelche rechten Parteien.

3. Journalisten, die sich näher mit der österreichischen Schule der Nationalökonomie beschäftigen erkennen, dass durch das Abschaffen staatlicher Monopole und Oligopole immer mehr Beschäftigung resultiert, nicht weniger. Die Chancen auf einen Arbeitsplatz steigen also. Sehr gut war das bei der (Teil-)Liberalisierung des Fernmeldewesen zu beobachten. In der Telekommunikationsindustrie arbeiten heute mehr Menschen als früher. Die Produkte sind besser und billiger als zuvor. Das ist immer das Ergebnis wenn sich der Staat zurückzieht. Hinzu kommt, dass das Bedürfnis nach guten Informationen in einer wirklich freien Marktwirtschaft steigt. Die Bedeutung der Medien nimmt zu, wenn sich die Leute nicht mehr auf einen ohnehin unfähigen Staat verlassen. Eine zentrale Planungsstelle kann niemals so viele Informationen beschaffen wie sie braucht.

krisenfrei.de

Die PdV ist nicht bereit, dass Deutschland für Schulden anderer EU-Staaten haftet. Würde diese Forderung nicht das sofortige Aus für den Euro bedeuten?

Oliver Janich

Der Euro ist bereits am Ende. Aber von mir aus können diese bunt bedruckten Papierzettel ruhig im Umlauf bleiben. Nur die Schulden können nicht mehr beglichen werden, aber das können sie ohnehin nicht. Je später diese Einsicht kommt um so dramatischer wird der Zusammenbruch.

krisenfrei.de

Heißt das, dass Deutschland aus dem Euro-Verbund austreten und die gute alte D-Mark als Zahlungsmittel wieder einführen sollte?

Oliver Janich

Das wäre ja nur eine weitere, wertlose, durch nichts gedeckte Papierwährung. Als schnelle Zwischenlösung wäre das aber denkbar. Am einfachsten wäre es aber, schon jetzt alternative Währungen zuzulassen, also den gesetzlichen Annahmehzwang zu streichen und zum Beispiel die Besteuerung von Waren wie Silber, die auch als Geld benutzt werden können, zu beenden. Wenn der Euro so toll ist wie uns die Politiker glauben machen wollen, müssen sie sich davor ja nicht fürchten.

krisenfrei.de

Die Deutsche Bundesbank sitzt auf TARGET2-Salden von ca. 620 Mrd. Euro. Im Gegensatz dazu haben alle Euro-Südstaaten (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) negative TARGET2-Salden. Reden wir Klartext, Griechenland ist definitiv pleite und die anderen hier genannten Staaten geraten auch immer mehr in Schieflage.

Wie kann sich die BuBa aus diesen TARGET2-Forderungen befreien? Bestünde eventuell eine Lösung darin, dass die BuBa mit diesen Forderungen Sachwerte (z.B. Immobilien, Ländereien, Staatsbetriebe etc.) aus den o.g. Ländern erwirbt?

Oliver Janich

Sie kann sich gar nicht daraus befreien und Sachwerte wird uns niemand anbieten. Die Bundesbank geht einfach bankrott und Deutschland zahlt nicht. Das haben ja schon etliche Länder vorexerziert. Dass das den anderen Ländern nicht gefallen wird, ist klar. Wenn dann – was nicht auszuschließen ist und was ja bereits heute angedeutet wird („Der Euro ist eine Frage von Krieg oder Frieden“) – die anderen Länder mit Krieg drohen, hat das zumindest den Vorteil, dass endlich die Maske fällt. Die hässliche Fratze des Totalitarismus wird sichtbar. Möglicherweise erinnert sich dann so mancher Deutsche an den Geschichtsunterricht und wacht endlich auf.

krisenfrei.de

Die letzte Regierung (CDU/CSU/SPD) hat ab 2016 eine Schuldenbremse beschlossen. Ist dieser Begriff nicht irreführend, zumal es in einer Zinsgeldökonomie gar keine Schuldenbremse geben kann?

Oliver Janich

Ich hoffe, Sie spielen nicht auf die unselige Zinskritik an. Der Zins ist in einem freien Markt unproblematisch und wird durch Mehrproduktion gedeckt. Kann jemand die Zinsen nicht zahlen geht er eben pleite. Aber der Staat produziert nichts nützliches und er zahlt Schulden nie zurück. Dann wird der Zins tatsächlich zum Problem. Vermutlich unter jeder Art von Geld, nur dass die Bürger wahrscheinlich weniger bereit wären, der Regierung echtes Gold zu leihen.

Zur Frage zurück: Eine Schuldenbremse ist tatsächlich Unsinn. Die Schulden müssten gestrichen werden und ein Verschuldungsverbot für alle Zeiten in der Verfassung verankert werden. Da so etwas aber immer wieder aufgehoben wird, ist die Dezentralisierung der Macht die bessere Lösung (Im Grundgesetz war eigentlich auch nur eine vorübergehende Verschuldung erlaubt). Erfolgreiche Gemeinden werden sich nicht verschulden, erfolglose gehen in den Konkurs und fangen von neuem - hoffentlich ohne Schulden - an. Das hat aber volkswirtschaftlich dann kaum Auswirkungen auf die anderen Gemeinden.

krisenfrei.de

Kommt Deutschland überhaupt noch aus dieser Schuldenfalle heraus, oder müsste nicht längst, wie im Fall Griechenland auch bei uns ein Schuldenschnitt stattfinden?

Oliver Janich

Natürlich, wir brauchen auch einen Schuldenschnitt. Hoffentlich sind wir dann noch nicht an der Regierung, denn sonst gibt man uns die Schuld. Die Fehler sind aber vor Jahrzehnten gemacht worden und niemand kann daran etwas ändern. Man kann es nur früher zugeben oder später.

krisenfrei.de

Welche Konsequenzen hätte das? Wenn ich an dieser Stelle Carl Fürstenberg (deutscher Bankier) zitieren darf: "**Wenn der Staat Pleite macht, geht natürlich nicht der Staat pleite, sondern seine Bürger.**" Sind die Spareinlagen, wie vor einigen Jahren Frau Merkel und Herr Steinbrück behauptet haben, wirklich noch sicher?

Oliver Janich

Ich dachte der Spruch wäre von mir, er ist korrekt (!). Keinerlei Papiergeld ist auch nur einen einzigen Pfifferling wert. Wer das frühzeitig erkennt, kann noch einiges retten und in Sachwerte, vor allem Gold und Silber investieren. Das ist sogar ein Vorteil an den Rettungssorgen. Man hat noch etwas Zeit, aber nicht mehr viel, befürchte ich.

krisenfrei.de

Eine letzte Frage noch Herr Janich.

Die offiziellen Schulden Deutschlands betragen ca. 2.100 Milliarden Euro. Meiner Meinung nach, addiert man alle Bürgschaften aus dem ESFS/ESM, den TARGET2-Forderungen der Deutschen Bundesbank und den zukünftigen Zahlungen für Beamtenpensionen hinzu, dürfte die Staatsverschuldung 3-4 mal höher sein, als offiziell angegeben.

Stimmen Sie mir da zu?

Oliver Janich

Es ist noch schlimmer. Im Worst Case haben wir über zehn Billionen Euro Schulden, siehe Text unter unserem Wahlwerbespot:

geht auf, wenn man die Hauptseite der [Partei der Vernunft](#) öffnet, da ist der Text mit Links.

krisenfrei.de

Ja, ich habe den Text gelesen und zur Diskussion in mein [Blog](#) gestellt.

Sehr geehrter Herr Janich, vielen Dank für dieses freundliche Interview.

Oliver Janich

Ich bedanke mich für die außergewöhnlich guten Fragen. Sie zeigen, dass Sie sich wirklich mit unserem Programm auseinandergesetzt haben.

Dieter Sordon (www.krisenfrei.de)

=====

Hinweis:

Dieses Interview dürfen alle Medien frei verwenden.